

**Bischof Dr. Markus Dröge**  
**Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz**

**Wort des Bischofs für Radio 88,8**  
**Samstag, 18. Januar 2014**

**„Kirche und Politik“**

Guten Morgen, liebe Hörerinnen und Hörer,

„Die Kirche soll sich heraushalten aus der Politik!“ Das höre ich manchmal in Gesprächen. „Haben wir nicht eine Trennung von Kirche und Staat? Was mischen sich die Kirchen ständig in die Politik ein?“ Glaubt man diesen Kirchenkritikern, dann haben die Kirchen immer noch einen viel zu großen Einfluss auf die Politik. Sie genießen zu viele Privilegien und profitieren zu sehr von den Staatsleistungen.

Allerdings – als es in den vergangenen Wochen um die Flüchtlinge auf dem Oranienplatz ging, da war man heilfroh, dass die Kirchen sich mit engagieren, um Lösungen zu finden. So möchte ich die Dinge heute einmal richtig stellen: Kirche und Staat sind in der Tat voneinander unabhängig. Die ehemals enge Verbindung von Thron und Altar, die das Kaiserreich bestimmte, wurde in der Weimarer Republik endgültig aufgehoben. Seitdem sind die Kirchen ein Gegenüber zum Staat. Sie begleiten die Politik und melden sich da zu Wort, wo es um Fragen der Ethik und des sozialen Miteinanders geht. Und dazu werden die Kirchen auch immer wieder aufgefordert: „Mischt euch ein, ihr seid eine wichtige Stimme in der Gesellschaft.“

Darum gibt es selbstverständlich auch Verbindungen zur Politik. Unsere Gesellschaft lebt ja davon, dass der Staat nicht alle Aufgaben allein

erledigen muss. Deshalb gibt es evangelische Schulen und Kindertagesstätten – offen auch für konfessionslose und muslimische Kinder. Unsere evangelischen Krankenhäuser sind ebenso für alle da wie kommunale Kliniken. Die Diakonie tritt für die Schwächsten in unserer Gesellschaft ein. Sie werden in Suppenküchen, Notübernachtungen oder Asylbewerberheimen mit dem Lebensnotwendigen versorgt. Darüber hinaus tritt die Diakonie für die Rechte von Menschen in Not ein. Dies hat man in den vergangenen Wochen in Berlin im Umgang mit den Flüchtlingen sehen können. Jetzt geht es uns darum, für sie, für jeden einzelnen, gemeinsam mit den zuständigen Behörden im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, eine dauerhafte, humane Lösung zu finden. So trägt die Kirche gemeinsam mit vielen anderen Akteuren zum besseren Zusammenleben in unserer Gesellschaft bei.

Die heutige Eröffnung des neuen Landtages in Potsdam ist für mich ein Sinnbild für dieses Verhältnis von Kirche und Politik. Der Festakt beginnt nämlich mit einem ökumenischen Gottesdienst in der gegenüberliegenden St. Nikolai-Kirche. Landtag und Kirche befinden sich auf demselben Platz im Herzen Potsdams, stehen sich aber doch gegenüber.

Ich wünsche Ihnen einen gesegneten Sonntag.